

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abozinenpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst aus der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich. Dringender monatlich 80 Pf. fand die Volksgesetzung vierfachlich. Nr. 2,75, unter Kreisbank für Deutschland und Oberrepublikaner. Ersteinsatz mit Zusammensetzung der Sonne und Feierstage.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Veröffentlichung: Dr. Zwingerstraße 14. Tel. 1789. Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserats werden die gespaltenen Zeitungen mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstage 25 Pf. Interessenten müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Redaktion abgeben sein und sind im voran zu begleiten. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Nr. 44.

Dresden; Montag den 24. Februar 1913.

24. Jahrg.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung teilt mit, daß dem Reichstag die Rüstungs- und die Gedungsvorlagen gleichzeitig zugehen werden.

Infolge Eindrucks auf dem Eis ist eine Anzahl getötet und verunglückt.

Die Kollektivnote der Mächte zur Schlichtung des belgisch-rumänischen Konflikts wird für heute erwartet.

Die Rumänen, unter denen Expräsident Radescu und General ermodet wurden, gelten als nicht genügend aufgestellt.

## Von der Komödie zur Tragödie.

Von unserem Korrespondenten.

Paris, 22. Februar.

Tom Erhabenen zum Zächerlichen ist bloß ein Schritt, legte Napoleon I. Im Zächerlichen ist oft das Gegenteil ebenso richtig. Das Romantische wird manchmal plötzlich ins Tragödische gewandelt. Seit einiger Zeit spielen — im buchstäblichen Sinne des Wortes — die französischen Maulpatrophen mit dem Feuer. Man sieht unaufhörlich vom nationalen Stolz von den französischen Vogeln (Luftschiffen), von der französischen Wiedergeburt und so fort. Man ist eifrig bestrebt mit Säbelkesseln, sucht die Jugend mit kuppelhaftem Eis zu erfüllen, beräuscht sich mit Worten und organisiert militärische Paraden. Dass die Patrioten ihr eigenes Spiel nicht ganz ernst nehmen, liegt auf der Hand. Als die Dinge auf dem Balkan sich verschwimmen, als es zum Krieg gekommen war, verstimmen die Kriegstrompeten. Die Nationalisten und Säbelpatrophen wissen ganz genau, daß die ungeheure Majorität des französischen Volkes den Krieg hat. Man hält im Volke den Gedanken des Krieges für so tollhäuserlich, daß niemand Lust hat, sich mit ihm ernst zu beschäftigen.

Der Beobachter darf sich nicht durch den Zeitungskummel trennen lassen. Wer das französische Leben etwas näher betrachtet und beobachtet, weiß, daß die Presse, besonders die Pariser Presse, in ernsten Dingen jeden Einfluss auf das Volk entfalten hat. Man weiß ganz genau, daß sie feil und korrupt ist, doch sie sitzt in den Händen gemischteten Geschäftsmänner, die sie nicht zu besitzen scheint. Man schaut sich hier, in anständigen Gesellschaftskreisen als Journalist aufzutreten.

Nun ist Paris von einer ganzen Schar bürgerlicher Journalisten überchwemmt, die ihre Berichte nach den großen Pariser Blättern schreiben und mit dem Volke — außer etwa mit dem Präsidenten und der Zeitungsfrau — nicht in Verbindung kommen. Diese Geilenreicher überchwemmen die deutschen bürgerlichen Blätter mit phantastischen Schauerberichten, die bei der gegenwärtigen Kriegslage, einen guten Nachwuchs finden. Die Kriegsbücher aller Länder, die immer bereit sind, ihren Gleichgesinnten im Auslande die schwärzesten Pläne aufzutragen, sind froh, solche Schauerberichte aufzunehmen und zu ihren Zwecken auszudeuten zu können.

Das unsinnige und meistens lächerliche Spiel der hiesigen nationalistischen Schreiber wird wahrscheinlich in Deutschland als blutiger Ernst aufgesetzt. Auf diese Weise wird die für die deutschen Säbel- und Glintenpatrophen nötige Stimmung geschaffen.

Was in Frankreich leidenschaftliches Spiel war, wurde in Deutschland zum blutigen Ernst. Die neuen deutschen Militärvorberichten verschärfen den französischen Kriegsbüchern den gewöhnlichsten Anlaß zu einer neuen Hebe. Jetzt fingeren auch ernstgefundene Leute an, nochzubauen. Die französische Bevölkerung bleibt stationär. Die deutsche Bevölkerung flieht. Deutschland vermeidet die Zahl seiner Soldaten. Die Zahl der Friedenspatrioten ist in Frankreich um einige Hunderttausend weniger als in Deutschland. Das französische Vaterland ist in Gefahr, wird erklärt. Bei der Revolte der Bevölkerung ist es für die Nordspatzen ein leichtes, mit den angeführten Tatsachen eine Panik stimmung zu erzeugen.

In diesem sommersüßen Wasser suchen nun allerteil Demagogien und Volksfeinde zu fischen. Die Aleraten, die der Republik die Trennung von Staat und Kirche nicht schenken, die in der Dreysusaffäre schändlich durchgesetzten Generalräuber, die Literaten und "Philosophen" der Defaberg, die geldbezüglichen und verformten Journalisten und Zeitungsschreiber, die Waffenfabrikanten, allerteil nach Abenteuerluste Lumpen — dieses gemischte Gesindel stärkt sich mit Eis in den Feldzug "für die Armee".

Eine der besten Errungenheiten der letzten Jahre — der zweijährige Dienst — soll aufgehoben werden. Die Regierung verlangt eine halbe Willkür für neue Waffensinstrumente. Sowohl wegen die Rüstungen noch nicht mit den Kriegsbüchern gemeinsame Sache zu machen, sie sind aber zugesagt genug, um sich leicht schieben zu lassen. Sie sind gehalten und geschwadert.

Die sozialistische Partei allein wagte es, mutig den Kampf gegen den Militarismus aufzunehmen. Sie hat ein Manifest veröffentlicht, in dem sie der militärischen Reaktion den Krieg erklärt. Die großkapitalistische Presse besitzt sich,

zu erklären, daß die sozialistische Partei Frankreich am Deutschen verloren habe. Sie benötigte eine Proklamation von einem auch-Sogenossen André, der, auf Hildebrand und Leibnitz gestützt, die wunderliche Entdeckung mache, daß die deutsche Sozialdemokratie imperialistisch und militärisch sei.

Diese Proklamation scheint ein ernstes Bild in der Kette der militärischen Umtriebe zu sein. Sie ist in der Zeitschrift "Action Nationale" veröffentlicht worden. Mitarbeiter der Revue sind eine große Zahl ehemaliger Minister. André, Mitglied der sozialistischen Partei und ein Freund von Jaurès. Er ist bekannt geworden durch revisionistisch-wissenschaftliche Arbeiten, u. a. durch seinen Kommentar zum Kommunistischen Manifest. Die Humanisten und Genossen Jaurès haben bis jetzt nichts zu Andlers Angriffen gegen die deutsche Partei — Ausführlicher darüber ist zu finden in Nummer 20 der Revue "Action Nationale". Es gelangt, und man kann sich leicht vorstellen, wie sehr die Kriegsbücher die gewissenlose Proklamation auszunutzen wußten. Sicherlich wird die französische Partei zu dieser bedauerlichen Stellung nehmern.

Auch die republikanische "Frömmigkeit" des Präsidenten Poincaré trägt zur militärischen Stimmungsmache gewaltig bei. Sowohl ist der neue Präsident ein gemäßigter und taffoller Politiker. Er ist aber ein Werkzeug in den Händen der Reaktionäre. Er verhinderte seinen Regierungskontakt durch eine autoritäre Polizei, in der viel von der militärischen Macht der Rebe ist, und durch Ernennung des gemeingeschäftlichen Delcassé zum Postminister in Petersburg.

Der Ernst der Lage wächst. Was anfanglich Komödie war, kann unter dem eisernen Druck der Verdächtigkeiten zur Tragödie werden. Der Boden der kapitalistischen Gesellschaft ist unsicher und instigerisch.

### Gegen den dreijährigen Dienst.

Paris, 23. Februar. Die Zeitschrift "Courier du Parlement" interviewt einen einzigen Deputierten über die Frage der Einführung des dreijährigen militärischen Dienstes. Von dem Deputierten sprachen sich die linksrepublikanischen Deputierten durchweg gegen den dreijährigen militärischen Dienst aus; einige Nationalisten und einige gemäßigte Republikaner erklärt, sich bereit, für den dreijährigen Dienst zu stimmen.

### Obrenbläserpolitik.

gl. Eine Überraschung haben wir erlebt. Mitglieder der deutschen Bourgeoisie haben Manneporte gehandelt gegen den Thron und die höflichen Obrenbläser, die ihn umtreiben. Es waren allerdings keine liberalen Bürgerkleute; es waren konervative Männer, Landwirte noch dazu aus der Gegend von Elbing, wo Herr v. Oldenburg-Janeschau hausst, der die deutsches Form der Obrenbläserpolitik mit höflicher Obrenbläserfest zu vereinen weiß. Um so leichter heißt es das Auftreten seiner Güteknecht von dem Janischauerlichen Hintergrund ab. Sehr aber sind die Elbinger Landwirte nicht durchgedrungen, bis zur Erkennung der wahren Quelle des Uebels, das sie empfinden. Vielleicht gelingt es ihnen, einige Obrenbläser aufzuhören und mundtot zu machen. Doch was nicht dazu sind einige Obrenbläser bestellt, so frieren andere an ihrer Stelle. Von Obrenbläsern wird der Monarch beeinflusst in allen Fragen des öffentlichen Lebens. Widerspruch gegen die Anschauungen, die der Monarch sich auf Grund von Obrenbläsern gebildet hat, bringt überhaupt nicht an sein Ziel oder wird ihm von vorherher als Nutzen gebracht und verhindert, daß er auf allen Gebieten dem Uebel entgegen treten kann. Einige Obrenbläser bestehen, so frieren andere an ihrer Stelle.

Von Obrenbläsern wird der Monarch beeinflusst in allen Fragen des öffentlichen Lebens. Widerspruch gegen die Anschauungen, die der Monarch sich auf Grund von Obrenbläsern gebildet hat, bringt überhaupt nicht an sein Ziel oder wird ihm von vorherher als Nutzen gebracht und verhindert, daß er auf allen Gebieten dem Uebel entgegen treten kann. Einige Obrenbläser bestehen, so frieren andere an ihrer Stelle.

Haben wir doch längst fest in der Budgetkommission erlebt, daß der Marineminister v. Treppe die Notwendigkeit des Baues einer Kaiserjacht auf Reichsosten damit begehrte, der Kaiser müsse von einem solchen Schiffe aus die "Seemänner der Welt" leiten". Als von sozialdemokratischer Seite Zweifel an seiner sozialdemokratischen Verpflichtung zu solchen Funktionen gehabt wurden, mäerkerten der Staatssekretär und Redner bürgerlicher Parteien hellende Entzückung. Nun stellt man sich einmal vor, wie erst höfliche Obrenbläser dem Monarchen seine seemannische Verpflichtung anpreisen werden!

Auf den nämlichen Wegen, wie dem Monarchen ein Urteil über den hinausgeschaffenen Güter von Rehberg beigebracht wurde — der Abtigen noch anderen Nachrichten dient noch gar nicht einmal hinausgeschafft sein soll —, können bei dem Monarchen aber auch Urteile über Beamte und Politiker erwartet werden, die er nach Bedürfnis in solchen Stellungen bringen oder aus leitenden Stellungen "hinausgeschafft" kann. Manche Ernennungen und Entlassungen von Ministern finden nur durch ihre Erklärung. Schlägt einmal einer der andierenden Punkte oder Untergesellen über die Sitzung, fliegen die Obrenbläser aus dem Werk, um gegen den ungewöchentlich gewordenen Handlanger eine Stimmung zu erzeugen, die seiner amtlichen Laufbahn ein gleiches Ende bereitet wie der Nachbarschaft des Herrn Gott.

Geht jetzt spielen sich vor unseren Augen solche Operationen ab.

Seit Wochen wird durch die Vertreter des Justiziums im Reichstag wie im preußischen Abgeordnetenhaus und neuerdings in größeren

Ton bei den Landwirten im Stilus Wulff gegen den Staatssekretär Dehns eine höfliche Klappertag veranstaltet. Der Name dieser königlichen Patrioten wird seine Wirkung bei Hofe nicht verschleiern. Die Obrenbläser werden dann leichteres Spiel haben, den Höflingen zur Ehre zu bringen. Wüßt er doch nicht mehr in die Herrschaftssäule hinein, weil ihm die Ereignisse aufgegangen ist, daß zur Bekämpfung der Sozialdemokratie Ausnahmegesetze unbrauchbare Mittel sind. Die Jäger aber legen nach Aufnahmegelegen zur Ausübung ihrer schwäbischen Racht. Was ihnen häblich ist, muß aus dem Wege geräumt werden. Sie wollen in die seitlichen Ställen Männer bringen, auf die das Adelsrecht Wulff: Hamm oder Hart!

So ist es denn auch durchaus begreiflich, daß Hand in Hand mit der Dehnschule eine Obrenbläserschule entstehen wird. Auch da kommt es den Schafsmachern auf die Stimmungsmache an, die den Obrenbläsern bei den erforderlichen Beschlüssen schafft.

Der wilde Krieg würde völlig belanglos sein für den Obrenbläser. Wenn nicht aus unten staatlichen Einrichtungen im Verein mit der Geselligkeit des Volkes und der Volksvertretungen dem Monarchen eine Nachvollkommenheit erwünscht, die den Obrenbläsern freien Spielraum schafft zu unbeholfener Weisheit.

Wer diesem Unheil entgegenwirkt will, darf deshalb nicht halt machen bei der Wundtmauerung einzelner Obrenbläser, er muss die gesamte Obrenbläserpolitik mit allen ihren Urfächen bekämpfen. Ganz wenn das Volk selbst seine Geschichte in die Hand nimmt, erst wenn der Wille des Volkes entscheidend darfst, in welcher Politik desolat und weichselnden Versionen deren Ausführung anvertraut werden soll, können höfliche Obrenbläser keinen unbeholfenen Einfluss mehr ausüben. Wahhaft demokratische Einrichtungen bedürfen ein für allemal die klägliche Rute der Obrenbläserpolitik.

### Deutsches Reich.

#### Ein gefährlicher Beamter.

Der Regierungsrat Dr. Heydrich hat auf dem Deutschen Handelsrat als Vertreter der Regierung für das Petroleummonopol gesprochen. Das gibt der Post Veranlassung, vor diesem Herrn und den Gefahren seiner Tätigkeit im Reichschaos zu warnen, und das Organ, das die Interessen der großen wirtschaftlichen Verbände vertritt, glaubt ihm nicht wissamer und disziplinierter zu können als dadurch, daß es ihn einen Kathedersozialisten als Regierungsbereiter tituliert.

Sein im vergangenen Jahr erschienenes Buch über den Organisationszwang wird gittert und darauf hingewiesen, daß in ihm bereits für Petroleum die Errichtung eines Handelsmonopols unter Geschäftsführung einer privaten Gesellschaft gesuchert sei. Aber damit sind des Herrn Heydrich Sünden noch nicht erschöpft. Er vertritt in seinem Werke, auf dem übrigens nur sein Name und nicht sein Titel steht, den Gedanken der Überführung der unentbehrlichen Produktion in den Staatsbesitz und weiß nach, wie, von anderem abgesehen, der Organisationszwang auf die staatliche Rechtsordnung wirkt und sie in vielen Fällen geradezu ausschaltet.

So etwas ist den großen Syndikaten natürlich nicht Wurst in den Ohren, und man kann ihnen Unmut doppelt begreifen, wenn der, der sieartig fehlst und den Staat gegen sie zu Hilfe ruft, in einem Reichsamt eine Scheinbar nicht ganz einflusslose Stellung einnimmt. Sie sind von der Regierung an eine andere Behandlung gewöhnt, und so muß Herr Heydrich es sich gelallen lassen, daß ihn die Post als einen gänglich unentbehrlichen Gesetzmäßig und dadurch unweichselbar gemacht. Durch Obrenbläsern und Schneidersen kann das Selbstbewußtsein des Monarchen schließlich darin ins Ungemessene gesteckt werden, daß er auf allen Gebieten gebildet hat, bringt überhaupt nicht an sein Ziel oder wird ihm von vorherher als Nutzen gebracht und verhindert, daß er auf allen Gebieten dem Uebel entgegen treten kann.

Was aber Dr. Heydrich in seinem Buch als Wissenschaft ausgibt, ist die fast demokratisch geführte Politik des Kathedersozialismus. Diese Politik ist nicht Wissenschaft, die für ihre Sache und Folgerungen unbedingte, unbestreitbare Allgemeingültigkeit und die Notwendigkeit unüberlegbarer Wahrheit an beanspruchen hat; sie wird vielmehr von Lehrern der Volkswissenschaften befürwortet und als wissenschaftliche Erkenntnis sehr entgegen abgelehnt. Dr. Heydrichs Gewährsmänner sind überwiegend die radikalsten der Kathedersozialisten. Er beruft sich sogar einmal auf Raumann.

Schrecklich! Und das ist nicht einmal das Schlimmste, daß der Regierungsrat der Überführung gewisser Monopole in den Staatsbesitz zuneigt. Die Post deutet an, daß er auch ein Verständnis für die Arbeitersbewegung besitzt und den Gewerkschaften eine ideale Bedeutung zuschreibt. Das kann und darf einen Beamten nicht vergleichen werden. Aber wir möchten die Post noch auf eine weitere Belohnung des Regierungsrates ausserordentlich machen; sie wird und sicher darüber sein. In dem Heydrichschen Buch, das, nebenbei bemerkt, noch lange nicht die gehörige Beachtung gefunden hat, wird ausführlich geschildert, welcher Mittel sich die Kartelle und die Arbeitgeberverbände bedienen, um Außenfeinde in die Koalition hineinzuzwingen, und jeder, der unbereitgenommen das hier zusammengetragene Material betrachtet, muß zu der Erkenntnis kommen, daß der "Terrorismus" der Arbeitgeberverbände gegen den jetzt mit so besonderem Eifer Sturm geschlagen wird, mit dem der Syndikat und Arbeitgeberverbände